



Inklusion in Niedersachsen

**Ministerpräsident Stephan Weil und Sozialministerin Cornelia Rundt:
„Inklusion muss selbstverständlich sein.“**

Mehr als 300 Ideen und Maßnahmen hat am (heutigen) Mittwoch die „Fachkommission Inklusion“ - bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Betroffenen und den gesellschaftlich relevanten Verbänden - der Niedersächsischen Landesregierung im Rahmen einer Tagung vorgestellt. Ministerpräsident Stephan Weil und Sozialministerin Cornelia Rundt betonten die Wichtigkeit von Inklusion. „Wir sind in einigen Bereichen schon sehr erfolgreich, es bleibt aber noch sehr viel zu tun“, sagte Weil am Rande der Tagung. Aber Wille und Bereitschaft seien - in der Landesregierung und in der Gesellschaft - vorhanden.

Aus den Vorschlägen der Fachkommission erarbeitet die Landesregierung einen „Aktionsplan Inklusion 2017/18“. Die Ministerien hatten - zum Teil aufbauend auf den Kommissions-Vorschlägen - einen Maßnahmenkatalog erarbeitet. Diese werden nun vom Sozialministerium bewertet und zusammengestellt, anschließend wird der Aktionsplan aufgestellt. Er soll jene Maßnahmen auflisten, die verbindlich in den beiden kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. Hintergrund für die Aktivitäten: Die UN-Behindertenrechtskonvention hat alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, Aktivitäten zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben zu initiieren. Unabhängig von dieser Verpflichtung ist es für die Niedersächsische Landesregierung selbstverständlich, alles dafür zu tun, dass Menschen mit und ohne Behinderung die gleichen Chancen auf Teilhabe haben.

„Unser gemeinsames Ziel muss sein, dass wir in einigen Jahren gar nicht mehr über Inklusion sprechen müssen, weil sie selbstverständlich ist.“, sagte Sozialministerin Cornelia Rundt. Es dürfe absolut keinen Unterschied mehr machen, ob ein Mensch

eine Behinderung habe oder nicht. „Teilhabe und Chancen in unserer Gesellschaft dürfen nicht durch eine Behinderung beeinträchtigt werden“, sagte die Ministerin. Die Politik könne hier vorbildhaft vorgehen. Inklusion beginne aber in den Köpfen. Rundt: „Wir sprechen hier von einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, der wir nur gemeinsam gerecht werden können.“

Einer der möglichen Handlungsschwerpunkte wird daher die Sensibilisierung der Beschäftigten in der Landesverwaltung sein. Verwaltungshandeln, zum Beispiel Richtlinien und Erlasse, sollen von vornherein inklusiv gedacht werden. „Die Ministerien planen bereits Fortbildungen zum Thema Inklusion, um sie ihren Beschäftigten anzubieten“, sagte Cornelia Rundt. Die Landesregierung werde weiter kontinuierlich daran arbeiten, dass Niedersachsen immer inklusiver wird und Menschen mit Behinderungen immer bessere Möglichkeiten der Teilhabe haben. „Dabei wird uns der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen auch weiterhin unterstützen“, sagte Rundt. Auf diese enge partizipative Zusammenarbeit sei sie ganz besonders stolz.

Eine Übersicht über die von der Fachkommission Inklusion vorgelegten Ideen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention finden Sie unter <http://www.ms.niedersachsen.de>.

Nr. 142/16 Pressestelle Hannah-Arendt-Platz 2, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-4168 Fax: (0511) 120-4298	www.ms.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@ms.niedersachsen.de
---	---	---